



Digitalisierung braucht Strategie

Den Prozess aktiv gestalten

Autorin Kirsten Fründt, Landrätin Marburg-Biedenkopf, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Nach der Lektüre dieses Textes werden circa zehn Minuten vergangen sein, die Erde hat sich weitergedreht, und Donald Trump hat circa drei Tweets abgesetzt. All dies wird geschehen sein, unabhängig davon, ob wir etwas dazu beigetragen haben oder nicht.

Genauso läuft Digitalisierung: Sie findet statt, ob wir das wollen oder nicht, oder wir sie gestalten oder nicht.

Und wir alle sind ja mittendrin in dieser Digitalisierung: Wir nutzen die App des RMV oder der DB, viele von uns sehe ich auf Facebook. Auf Netflix haben wir unsere Lieblingsserie entdeckt und in der ARD-Mediathek schauen wir den Tatort, weil am Sonntagabend kurzfristig SPD-Vorstandssitzung war. Und wir informieren uns auf den Online-Angeboten unserer regionalen Tageszeitungen oder auf SPON. Landwirte bestellen ihre Felder mit GPS-Unterstützung und der Online-Handel blüht. Willkommen also in der digitalen Welt.

Digitalisierung ist dabei weder Überzeugung noch Religionsersatz und kein Selbstzweck. Sie ist ein Werkzeug, Digital-Deutsch Tool, der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Und deshalb gehört sie selbst aktiv gestaltet. Als Sozialdemokrat*in in kommunaler Verantwortung müssen wir prinzipiell den Anspruch haben, Prozesse, die unsere Gesellschaft so grundlegend verändern wie die Digitalisierung, aktiv zu gestalten. Und die Digitalisierung auch zu nutzen FÜR die gesellschaftliche Transformation.

Wenn ich dann auch noch lese, dass Horst Seehofer nach eigener



Engagierte Diskussion zum Thema Digitalisierung bei der Bundes-SGK im November 2019

Foto: SGK Hessen

Aussage schon in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends im Internet unterwegs war, und die in der Bundesregierung für Digitalisierung zuständige Staatsministerin Bär gerne mit dem Flugtaxi zum Dienst im Bundeskanzleramt fliegen würde, und wie dünn schließlich die konkreten Aussagen zum Thema Digitalisierung im Koalitions-Vertrag von Schwarz-Grün in Hessen sind, dann macht das eines umso deutlicher: Nämlich, dass es so immens wichtig ist, dass wir uns als Kommunale intensiv, strukturiert und geplant mit dem Thema Digitalisierung auseinandersetzen.

Dabei sehe ich vier zentrale Handlungsfelder:

1) Verantwortung für die Mitarbeitenden der Kommunalverwaltung

gen in diesem Transformationsprozess;

2) Aktive Gestaltung und Moderation der durch die Digitalisierung verursachten Veränderungen in unseren Kommunen und Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe aller;

3) Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zur Weiterentwicklung und Revitalisierung unserer kommunalen Demokratie;

4) Sicherung der regionalen Wertschöpfung durch die Dezentralisierung von Arbeitsprozessen und somit Erhalt ländlicher Infrastruktur und vitaler Orte.

Digitalisierung braucht Konzept und Strategie

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf können wir strategisch aufbauen auf dem infrastrukturell wichtigen

Inhalt

Mit RMV, NVV und der DB in ein mobiles Hessen

SGK Bundesdelegiertenkonferenz in Kassel

Bericht von einem Absolventen der Kommunalakademie 2018

Kommunalakademie

Weitere Bildungsangebote der Akademie für Kommunalpolitik

Holzvermarktung

Aus der Rechtsberatung der SGK Hessen e.V.

Eigenausbau des Breitbandnetzes, mit dem im ersten Schritt 95 % aller Haushalte versorgt wurden. Aktuell erfolgen der zweite, nun flächendeckende Ausbaus Schritt sowie eine deutliche Verbesserung der Bandbreiten, ergänzt um WLAN-Hotspots in allen Kreiskommunen und das Bemühen, die Mobilfunkabdeckung, die in Teilen des Landkreises inakzeptabel ist, deutlich zu verbessern.

Für die Kreisverwaltung selbst wurde 2015 das Projekt „Digitale Kreisverwaltung 2020“ aufgesetzt, dessen rund 30 Einzelprojekte vom Relaunch der Homepage des Landkreises über die sukzessive Einführung der E-Akte, die Digitalisierung z.B. des Anordnungswesens oder eines Ticket-Systems für die EDV bis hin zur Schaffung einer neuen Server-Infra-

struktur und etlicher neuer Stellen in der IT reichen.

Parallel investieren wir sowohl in die strukturierte Entwicklung unserer IT-Sicherheit als auch im Rahmen eines IKZ-Projektes gemeinsam mit dem Landkreis Gießen und einer Reihe von Kommunen aus beiden Kreisen in das Thema Cybersicherheit. Ergänzt um eine Beratung und Unterstützung unserer Kommunen bei der Umsetzung der Anforderungen der DSGVO.

Um all diese Projekte zu ordnen sowie übergeordnete politische Projekte – z.B. unsere Nachhaltigkeitstrategie und den Open-Government-Ansatz – als auch die Digitalisierungsprozesse der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft kommunikativ und konzeptionell miteinander zu verzahnen, erarbeiten wir aktuell eine Digitalisierungsstrategie.

Für die Weiterentwicklung sowie Umsetzung dieser Digitalisierungsstrategie wird noch im Frühjahr 2019 die neue Funktion des Chief Digital Officer geschaffen werden. Dieser

Chief Digital Officer wird zentral für die Planung und Steuerung der digitalen Transformation unseres Landkreises verantwortlich sein.

Auch auf die vielfältigen und gestiegenen Anforderungen an die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung reagieren wir konsequent. Zum einen mit einer verbesserten internen Kommunikation und digitalen Beteiligung der Mitarbeitenden, zum anderen mit Schulung, Qualifizierung und einem modernen Personalentwicklungskonzept.

Denn als Sozialdemokratin habe ich den Anspruch sicherzustellen, dass keine Mitarbeiterin, kein Mitarbeiter auf diesem Weg verloren geht, sondern dass alle Mitarbeitenden befähigt werden, die Herausforderungen der Digitalisierung im Berufsleben zu meistern.

Digitalisierung als gesamtgesellschaftliches Projekt

Ohne die Einbindung der Zivilgesellschaft geht das alles nicht. Zumal sie sich mittlerweile in weiten Teilen und unabhängig von uns di-

gital organisiert und vernetzt. Deshalb entwickeln wir unsere bereits sehr erfolgreichen digitalen Beteiligungsformate weiter, werden ab Februar 2019 als zweiter Landkreis Hessens über eine Informationsfreiheitssatzung verfügen sowie ein Open-Data-Portal entwickeln.

Digitalisierung meint Vernetzung auch in der realen Welt. Deshalb engagieren wir uns in Modellprojekten wie dem zum Open Government von BMI und den kommunalen Spitzenverbänden, im Verein Kommune 2.0 oder auf Tagungen und Kongressen. Und wir pflegen den intensiven Austausch mit anderen Landkreisen zu diesen Themen.

Fazit: Die aktive Gestaltung der Digitalisierung ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre und wird Daueraufgabe bleiben. Denn in der Digitalisierung liegt die Chance, die Lebens- und Standortqualität, den Service für unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaftlichkeit kommunalen Handelns für die örtliche Gemeinschaft nachhaltig zu verbessern.

Digitalisierung kann im ländlichen Raum ferner helfen, Dörfer und Städte jenseits der Metropolen lebendig und attraktiv zu halten und zukunftsfähig zu entwickeln, indem zum Beispiel Homeoffice durch den Breitbandausbau leichter möglich wird oder wir Coworking-Spaces einrichten. Ferner nutzen wir die vorhandene Breitband-Infrastruktur auch für digitale Modellversuche im Bereich des Rettungswesens oder als Modellregion Ökolandbau bei der Grundversorgung der Menschen im ländlichen Raum als konkrete Daseinsvorsorge.

Die Digitalisierung kann darüber hinaus Werkzeug sein für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land sowie von den Kommunen ausgehend zur Revitalisierung unserer Demokratie beitragen.

Mit RMV, NVV und der DB in ein mobiles Hessen

Ein Rückblick auf die Veranstaltung der SGK Hessen „Mobilisierungstrends der Zukunft“, am 14. November 2018, in Frankfurt/Main

Autor SGK Hessen e.V.

Wer kennt das nicht: Stau auf den Straßen, ob mit Auto oder Bus, oder überfüllte und verspätete Bahnen. Die Verkehrsinfrastruktur hinkt in vielen Bereichen den Anforderungen einer Mobilität von morgen weit hinterher. Die SGK Hessen wollte wissen, wie die Zukunft der Mobilität in Hessen aussehen kann, und hat drei „Akteure der Mobilität“ eingeladen, um unseren kommunalen Mitgliedern Zukunftskonzepte vorzustellen.

Mit Dr. André Kavai, Geschäftsführer des RMV, Stefan Schwinn, Leiter Vertrieb DB Station&Service AG und Wolfgang Rausch, Geschäftsführer des NVV, konnten wir drei hervor-

ragende Referenten gewinnen, die unseren Mitgliedern Rede und Antwort standen, sodass es nach den sehr interessanten Vorträgen zu einer angeregten Diskussion und einem Erfahrungsaustausch kam.

Wir möchten alle Mitglieder am Thema und der Diskussion teilhaben lassen und freuen uns sehr, dass die Referenten sich bereit erklärt haben, einen Artikel zu verfassen, so dass ihre Beiträge aus der Veranstaltung in diesem Hessen-Split erscheinen können. Im Folgenden kommen die Referenten zu Wort!

Lesen Sie weiter auf Seite IV



Diskussion der SGK zur Mobilität in Hessen

Foto: SGK Hessen e.V.



Mit Beginn der neuen Wahlperiode hat sich die neue SPD-Landtagsfraktion konstituiert. Sie hat 27 Mitglieder. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde Thorsten Schäfer-Gümbel wiedergewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt weiterhin Günter Rudolph. Dem Fraktionsvorstand gehören als stellvertretende Vorsitzende an: Nancy Faeser, Lisa Gnadt, Dr. Daniela Sommer, Tobias Eckert, Torsten Warnecke und Marius Weiß. In seiner ersten Sitzung wählte der Hessische Landtag Heike Hofmann zur Vizepräsidentin.

Erneut tritt die SPD-Fraktion für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen ein und hat dazu ihren Gesetzentwurf unmittelbar zur ersten Plenarsitzung wieder eingebracht.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Günter Rudolph sagte: „Damit starten wir nicht nur einen neuen Anlauf zum Schutz der hessischen Grundstücksbesitzerinnen und Grundstücksbesitzer. Es geht auch darum, den Umgang der schwarzgrünen Mehrheit mit der Opposition zu

Gesetz erneut eingebracht

SPD bleibt bei Abschaffung der Straßenausbaubeiträge am Ball

testen. Zweimal hat Schwarz-Grün die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rundheraus abgelehnt und sich jeder ernsthaften Auseinandersetzung entzogen. Jetzt wird die Beratung zum Prüfstein dafür, ob sich die Abgehobenheit der Regierenden, ihre politische Ignoranz und ihre parlamentarische

Arroganz gegenüber der Opposition auch in der neuen Wahlperiode fortsetzen.“

Rudolph kritisierte, dass die geltende Rechtslage, die es den Kommunen freistelle, Straßenausbaubeiträ-

ge zu erheben, in der Praxis auch weiterhin dazu führe, dass finanzstärkere Kommunen auf die Beträge verzichten könnten, während finanzschwächere Kommunen diese weiter erheben müssten. „Die Bürgerinnen und Bürger werden auch weiterhin unterschiedlich behandelt und teilweise mit Straßenausbaubeiträgen von mehreren 10.000 Euro belastet. Unfrieden ist damit auch weiterhin programmiert.“

Jubelmeldungen helfen nicht

Die hessischen Kommunen sind die am zweithöchsten verschuldeten in ganz Deutschland, so die aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamts. „Jubelmeldungen des hessischen Finanzministers Dr. Thomas Schäfer, helfen dagegen auch nicht“, so der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Marius Weiß. Bei 5189 Euro pro Kopf liege die Verschuldung der Städte, Gemeinden und Kreise in Hessen. „Nur die Kommunen des Saarlands sind in Deutschland noch höher verschuldet. Das ist das Ergebnis von 20 Jahren CDU-Regierung in Hessen.“ Die Programme KIP oder Hessenkasse

würden in der Not natürlich von den Kommunen angenommen, wenn man ihre eigentliche finanzielle Grundausstattung so vernachlässige. Fakt sei jedoch, dass das Land sich hier für fremdes Geld feiere.

„Bei der Hessenkasse zahlt das Land gerade einmal 20 Prozent der ins Schaufenster gestellten Summe. Den Löwenanteil tragen hier die Kommunen selbst. KIP ist ein Programm des Bundes, an das sich das Land angehängt hat. Der originäre Landesanteil liegt hier sogar unter fünf Prozent“, kritisierte Weiß.



Die SPD-Fraktion tritt weiter dafür ein, Straßenausbaubeiträge ganz abzuschaffen.

Weiter von Seite II

Was wir aus der Veranstaltung mitgenommen haben

Autoren Tobias Eckert, MdL und Stefan Schwinn, Leiter Vertrieb DB Station&Service AG

Deutschland insgesamt, und Hessen insbesondere, stehen vor großen Herausforderungen für die Mobilität der Zukunft. Einfach ein „Weiter so“ wird aus vielerlei Gründen nicht möglich sein. Hierbei muss vor allem der Fokus, wonach Deutschland ein Autoland ist, verlassen und die damit einhergehende Vernachlässigung der Schiene beendet werden. Deshalb braucht es neue und kreative Ansätze gerade jenseits des eigenen Kfz. Ansätze der Trendforschung und das Aufgreifen und Verstärken von Megatrends und Trends werden dabei helfen, das Thema Mobilität auf eine breitere Basis zu stellen. Parallel gilt es, den Gleichklang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten im Blick zu behalten.

Ausbau der Infrastruktur

So muss die DB in ihrer Infrastruktur derzeit mit drei verschiedenen Systemen der Leit- und Sicherungstechnik arbeiten und kann aufgrund des Ausbauszustandes die Schnelligkeit des ICE nicht vollständig ausnutzen. Die Digitalisierung der Netzinfrastruktur wird zukünftig dazu beitragen den Schienenverkehr effektiver zu gestalten, sodass auch auf den bestehenden Netzen bis zu 20 Prozent mehr Verkehr möglich sein werden. In den ÖPNV eingebaute Systeme wie der „on Demand Shuttle Service“ werden das Reisen von der Haustür bis zur letzten Meile anbieten. Darüber hinaus werden Apps die Möglichkeit bieten, in wenigen Sekunden ein systemübergreifendes Ticket zu buchen und somit die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger für den/die Nutzer*in erleichtern.

In allen Regionen hat die Nachfrage nach Bus und Bahn rapide zugenommen, allen früheren Prognosen zum Trotz und nicht nur in den Ballungsgebieten, in denen Rekordbeschäftigung zu verzeichnen ist und der Tourismus blüht. Die Folgen der allgemeinen Vernachlässigung des „ländlichen Raums“, insbesondere die Stilllegung regionaler Linien, wird nun deutlich spürbar. Die

Verkehrsverbünde haben bereits reagiert und stellen mehr S-Bahn-Waggons und Busse zur Verfügung. Stillgelegte Strecken sollen wieder aktiviert werden. Die Erschließung des (ländlichen) Raums wird zusätzlich durch flexible Einheiten „on Demand“ erfolgen. Die RMV/NVV-App wird unerlässlich.

Neue Verkehrsmittel

Das Fahrrad erfährt insbesondere in urbanen Räumen eine Renaissance, was auch durch neue und bessere E-Bikes verstärkt wird. Diese neue Fahrradkultur muss noch stärker in Mobilitätskonzepte der Zukunft einbezogen werden. Der Einsatz von E-Bussen zwecks Verringerung des CO₂-Ausstoßes wird steigen. Diesel-Fahrverbote zwingen die Kommunen, den Einsatz von E-Fahrzeugen oder anderen ökologi-

schen Alternativen zu unterstützen und zu beschleunigen.

Darüber hinaus muss über Techniken wie Wasserstoff und Biogas ein offener Diskurs stattfinden. Zudem sind dringend die Rahmenbedingungen der verschiedenen Verkehrsträger (Nutzerfinanzierung, Fahrgastrechte, Besteuerung von Tickets und Energie) sowie deren Infrastrukturfinanzierung im Grundsatz zu überprüfen. Im Sinne eines einheitlichen „Level-Playing-Field“ sind insbesondere die bestehenden Nachteile für die umweltfreundliche Schiene zu beseitigen und zunächst erst einmal einheitliche Bedingungen für alle Verkehrsträger überhaupt herzustellen. In der Folge können auf dieser Basis dann zusätzlich politische gewollte Lenkungsansätze adäquat ergänzt werden.



Stefan Schwinn

Foto: DB AG/Philipp von Recklinghausen

Enge Zusammenarbeit vor Ort

Vor Ort ist es von besonderer Bedeutung, dass Kommunen, Verkehrsverbünde und die Deutsche Bahn eng und gut zusammenarbeiten, um Mobilität vor Ort sinnvoll zu gestalten. Dies ist besonders wichtig bei der Erschließung neuer Stadtquartiere. Die Erfahrungen zeigen, dass eine gute Kooperation vor Ort immer auch positive Ergebnisse nach sich zieht.

Dort, wo Kommunalpolitik mitzieht, spricht Bürgermeister*innen auf die Deutsche Bahn zugehen, in der Planungsphase dabei sind und eigene ergänzende Umfeldkonzepte parallel angegangen werden, kann die Kommune viel mitgestalten.

Voraussetzungen schaffen für die Mobilität von Morgen

Autor Dr. André Kawai, Geschäftsführer der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH



Dr. André Kawai

Foto: RMV

Zur Bewältigung der zukünftigen Mobilitäts Herausforderungen muss der ÖPNV in seiner zentralen Rolle gestärkt werden, um eine strategische Antwort auf die Erwartungen zum deutlichen Umstieg auf den ÖPNV geben zu können. Bei gleichbleibendem Modal Split wird der ÖPNV das prognostizierte Wachstum zukünftig nicht mehr bewältigen können. Die Kapazitätsgrenzen sind vielerorts, vor allem in den Ballungszentren, bereits

jetzt erreicht oder sogar überschritten. Diese Situation gebietet einen schnelleren und überfälligen Ausbau des Systems. Von der ersten Idee bis zur fertigen Strecke vergehen im Infrastrukturausbau wegen des langwierigen Planungsrechts jedoch Jahre und Jahrzehnte. Die wesentlichen Projekte aus den 80er und 90er Jahren werden ab 2025 sukzessive in Betrieb gehen.

Das bedeutet neben dem Ausbau der Schieneninfrastruktur auch den des Radwegenetzes, insbesondere der Radschnellwege in die urbanen Zentren. Wir müssen deshalb schon heute an die Projekte von übermorgen denken. Welche werden nach 2030 wichtig?

Die Prioritäten lassen sich in drei Schlagworten zur Weiterentwicklung und Organisation eines zukunftsfähigen Nahverkehrs und des Rhein-Main-Verkehrsverbundes zusammenfassen: Forcierung Infrastrukturausbau, Chancen der Digitalisierung nutzen

und Vernetzung aller verschiedenen Mobilitätsangebote.

Vernetzung

Dabei wird insbesondere die Vernetzung über alle Verkehrsträger hinweg, wie beispielsweise Car- und Bikeshaaring, eine gewichtige Rolle spielen. Der RMV wird immer stärker seine Rolle als Mobilitätsverbund ausbauen, um den Fahrgästen Mobilität aus einer Hand und damit einen Service anzubieten.

Digitalisierung

Die Digitalisierung wird die Mobilität weiter verändern; sie bietet uns enorme Chancen, den stetig steigenden Anforderungen an unsere Verkehrsangebote gerecht zu werden. Heute stehen wir am Beginn eines multimobilen Zeitalters – mit vielen Perspektiven, die neuen mobilen Anforderungen und Wünsche ökonomisch, komfortabel und vor allem nachhaltig umzusetzen. Die Digitalisierung ermöglicht neue intelligente Mobilitäts-

formen. Wir werden zukünftig problemlos unterschiedliche Verkehrsträger entsprechend unseren Bedürfnissen konfigurieren können – die Rede ist von vernetzter, multimodaler und kollaborativer Mobilität. Das ist technisch machbar, aber es bedarf dazu noch erheblicher Anstrengungen. Unsere Fahrgäste wollen nicht nur irgendwie ans Ziel kommen: Sie wollen auch einen unkomplizierten Buchungsvorgang. Die Herausforderung für einen Verkehrsverbund ist daher, die Datenschnittstellen von allen Anbietern zusammenzuführen.

Infrastruktur

Etwas abseits des Ballungsraumes

sind andere Lösungen für die Region gefragt. Während im Zulauf auf und innerhalb des Ballungsraumkerns Infrastrukturdefizite im Schienenverkehr beseitigt und zusätzliche, tangential um Frankfurt herum verlaufende Ergänzungen zur Entlastung des Kerns geschaffen werden müssen, steht für die Fläche die Entwicklung alternativer Angebotsformen im Mittelpunkt.

Die Verfügbarkeit von Alternativen ist in den Ballungsräumen ungleich größer als in dünner besiedelten Landkreisen. Gerade hier stellt die Daseinsvorsorge die Politik vor große Aufgaben, nicht nur im Verkehrssektor. Die Angebote in der Region dür-

fen den ÖPNV auch bei rückläufigen Strukturentwicklungen wirtschaftlich nicht verschlechtern, müssen aber für die Nutzer attraktiv sein. Autonome Fahrzeuge sind in ländlichen Regionen ebenso denkbar wie On-Demand-Verkehre als Zwischenlösung und/oder Ergänzung.

Was wir brauchen

Nur wenn die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind, kann der Modal Split zugunsten des umweltschonenden ÖPNV verändert werden. Hierzu brauchen wir:

1. noch schnelleren Ausbau der schienengebundenen Infrastruktur im und rund um den Frankfurter Knoten

2. Atmosphäre für gesellschaftliche Wertschätzung, auch monetär, des ÖPNV und seiner Berufe (u.a. Busfahrer und Lokführer), um Personal zu sichern und neues auszubilden

3. Der Ausbau des ÖPNV braucht eine angepasste langfristige Finanzierung. Hier sind Bund und Länder gefragt; aber auch neue Finanzierungsinstrumente, die auch die Nutznießer mit einbeziehen, dürfen kein Tabu sein.

4. stärkere Bereitschaft für brancheninterne und branchenübergreifende Kooperationen auf Augenhöhe, um dem Kunden den umfassenden Service zu bieten, den er für seine Mobilitätsbedürfnisse benötigt.

Herausforderungen zukunftsweisender Verkehrspolitik

Autor Wolfgang Rausch, Geschäftsführer des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV)



Wolfgang Rausch

Foto: NVV

1. Der Klimawandel erfordert dringend die Reduzierung der Schadstoffbelastungen im Verkehrsbe- reich, der für etwa 1/3 aller Schadstoffbelastungen verantwortlich ist. Alarmierend ist, dass hier bisher keine Verbesserungen erreicht wurden. Jetzt wird viel von den NO₂-Konzentrationen in Innenstädten gesprochen, weil hier Fahrverbote drohen. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass alle Schadstoffe letztlich in einer Atmosphäre landen. Nachhaltige Verbesserungen erfordern daher Maßnahmen, die Breitenwirkung haben.

2. Die Menschen sind es zunehmend leid, kostbare Lebenszeit in Staus zu verbringen.

3. Die Menschen wollen zunehmend den Straßenraum als Aufenthalts- und Lebensraum gestaltet haben und

nicht als endlose Parkstreifen für Autos. Das gilt in Städten, aber auch in den engen Straße unserer hessischen Fachwerkstädtchen und -dörfer.

Differenzierte Maßnahmen erforderlich

Der ÖPNV ist ein Problemlöser, aber nicht der einzige Problemlöser. Der ÖPNV hat auch mit vielen Versäumnissen der Vergangenheit zu kämpfen. Die Eisenbahninfrastruktur ist marode und unvollkommen. Während im Rhein-Main-Gebiet Neubauvorhaben wie beispielsweise die nordmainische S-Bahn Jahrzehnte auf sich warten lassen, sind es in Nordhessen eher fehlende Überholgleise und Weichen oder veraltete Stellwerke. Das sind keine Großvorhaben, sondern eine Reihe von Kleinmaßnahmen, die aber gar nicht im politischen Fokus stehen und denen es deshalb an Aufmerksamkeit fehlt. Staus im Eisenbahnverkehr werden an den Durchsagen in Zügen deutlich, dass der „vor uns liegende Streckenabschnitt noch durch einen anderen Zug belegt ist“. In Nordhessen haben wir hier allerdings noch keine großen Kapazitätsprobleme. Im NVV-Gebiet spielt die Streckenbelegung durch Güterverkehr eine sehr große Rolle. Hier kommt es hin und wieder zu Kapazitätsengpässen. Man muss über eine weitere Bahnreform nachdenken, bei der die Lösungen für die Infrastrukturprobleme im Mittelpunkt stehen.

Qualität des Nahverkehrs verbessern

Die Qualität der Nahverkehrsangebote hat oberste Priorität. Das ist wichtiger als 365-Euro-Tickets oder ein kostenloser ÖPNV. Nur wer gut zur Arbeit oder für eine andere Aktivität „durchkommt“, ist zufrieden. Ich arbeite für die ländlichen Räume Nordhessen an einem Stundentakt als kontinuierliches Nahverkehrsangebot über den gesamten Tag vom Ortsteil zum Kernort, vom Kernort zum Mittelzentrum und bin froh, dass die nordhessischen Landräte dies jetzt aktiv unterstützen. Es ist ohnehin wichtig, die Kommunalpolitik mitzunehmen. Dort, wo Landräte und Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker aktiv sind, dort kann der NVV auch etwas erreichen. Dort, wo dies nicht so ist, treten wir auf der Stelle

Reduzierung des Verkehrs dringend notwendig

Außerhalb des ÖPNV sind vor allem Maßnahmen notwendig, die zum Ziel haben, den Verkehr zu reduzieren: Wir sollten uns nicht nur darauf konzentrieren, umweltfreundlicher zu fahren, sondern auch weniger zu fahren bzw. fahren zu müssen. Wohnen, Arbeiten und Einkaufen müssen auf kürzeren Wegen möglich sein. Dazu bedarf es eines abgestimmten Konzeptes zwischen Ballungsraum und Fläche anstelle einer fortschreitenden Konzentration in den Ballungsräumen.

Fazit

Autor Tobias Eckert, MdL

Das Thema Mobilität unterliegt im Bereich des SPNV der staatlichen Daseinsfürsorge – Daseinsfürsorge ist auch die Aufgabe der Kommunen und somit ein wichtiges Thema für die SGK Hessen. Gerade bei der Weiterentwicklung bestehender Mobilitätsangebote oder der Einführung neuer Mobilitätsangebote jenseits des eigenen Autos ist Kommunalpolitik gefragt. Hierzu braucht es aber neben Ideen und Kreativität vor allem Wissen und Kenntnis, mit wem, was und wie geklärt und entwickelt werden kann.

Wir haben uns vorgenommen „am Thema dranzubleiben“ und werden im Jahr 2019 weitere Informationsveranstaltungen anbieten.



Tobias Eckert, MdL

Foto: privat

SGK-Bundesdelegiertenkonferenz in Kassel

Konkret.Kommunal.Digital

Autor Michael Siebel, Geschäftsführer SGK Hessen e.V.



Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender SPD Hessen



Die hessische Delegation



„Zaungast“ Timon Gremmels vertritt Kassel und Region im Bundestag.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik fand im vergangenen Jahr am 23./24. November in Kassel statt. Dort wurde die SGK vor 40 Jahre gegründet. Ein guter Grund, in Kassel zu tagen.

Für uns Hessen war diese Konferenz, die unter dem Motto „Konkret.Kommunal.Digital“ stand, sehr erfolgreich. Unsere Vorsitzende Kirsten Fründt ist mit dem besten Ergebnis zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Als Beisitzerin wurde unsere Kollegin Monika Sperzel bestätigt. Ebenfalls im Vorstand, als kooptiertes Mitglied, ist die Gießener Landrätin Anita Schneider.

Auch bei der Antragsberatung waren wir richtig gut. Der von uns initiierte Antrag zur politischen Bildung für Kommunalpolitiker*innen wurde mit großer Mehrheit angenommen. Unsere Änderungsanträge wurden ebenfalls beraten. Es hat sich gelohnt, eine ausführliche Delegiertenvorbesprechung zu machen.



Kirsten Fründt, Vorsitzende SGK Hessen, Landrätin Marburg-Biedenkopf



v.l.: Tobias Eckert, MdL, Sven Bastian und Torsten Warnecke, MdL



v.l.: Julia Ostrowski (Revision der Bundes SGK), Susanne Selbert (Direktorin des LWV), Monika Sperzel
Fotos (6): SGK Hessen e.V

Mein Name ist Martin und ich habe mich schon in meiner Schulzeit sehr für Politik interessiert. Da war es wahrscheinlich nur konsequent, 2002 in die SPD einzutreten. Es gab auch in den letzten Jahren zahlreiche Möglichkeiten, Flyer zu verteilen, zu plakatieren oder auf Parteifesten Getränke auszuschenken. Mich begleitet eine chronische Erkrankung, durch die mir auch lange keine berufliche Perspektive möglich schien.

2014 bis 2017 absolvierte ich ein Reha-Studium an der SRH Hochschule Heidelberg und kam durch mein Pflichtpraktikum in das Bürgerbüro eines Landtagsabgeordneten und später für ein Praxisprojekt und das Schreiben der Thesis in das Büro einer Bundestagsabgeordneten. Ende 2017 hatte ich einen guten Bachelor-Abschluss, jedoch Anfang 2018 noch keine berufliche Perspektive. Als ich die Ausschreibung der Kommunal-Akademie gelesen habe, habe ich mir überlegt, dass mir das vielleicht auch ein Stück weit bei meiner Orientierung hilft.

Was wir bei der Kommunalakademie gemacht haben, war beeindruckend. Nicht nur fachliche Dinge, sondern auch Methoden, die einen persön-

Bericht von einem Absolventen der Kommunalakademie 2018



Mit der Kommunalakademie neue Perspektiven entwickeln

Foto: AfK Hessen e.V.

lich voranbringen. Ich kann jedem Menschen, der sich jung fühlt, nur empfehlen, an der Kommunal-Akademie teilzunehmen. Da die SPD leider immer weniger Stadtverordnete stellt, scheint es schwierig, in einer

großen Stadt ein Mandat zu erlangen.

Ich persönlich kann jetzt wieder träumen. Übrigens ist es das Wichtigste, dass ein Menschen Visionen

hat. Und wenn mich meine Stadt irgendwann braucht, um sie ein bisschen besser zu machen, fühle ich mich jetzt fachlich und persönlich dafür besser in der Lage.

Kommunalakademie

DU BIST

- ... EIN KOMMUNALPOLITISCH INTERESSIERTER MENSCH?
- ... IN DEINER ERSTEN WAHLPERIODE ODER NOCH KEIN MITGLIED EINES KOMMUNALEN GREMIUMS?

DANN MÖCHTEN WIR DIR EIN ANGEBOT MACHEN FÜR

- ... EIN HOCHWERTIGES QUALIFIZIERUNGSPROGRAMM FÜR NACHWUCHSKRÄFTE IN DER KOMMUNALPOLITIK!
- ... EINE PLATTFORM ZUM AUSTAUSCH!
- ... DIE STÄRKUNG DEINER INHALTLICHEN, KONZEPTIONELLEN UND PERSONELLEN BASIS FÜR EIN KOMMUNALES MANDAT!
- ... DIE BILDUNG EINES KOMMUNALPOLITISCHEN NETZWERKES

MIT ANDEREN JUNGEN MENSCHEN!

An vier Wochenenden werden wir uns mit den folgenden Inhalten beschäftigen und uns neue Kompetenzen in diesen Bereichen erarbeiten:

Kompetenz & Kommunikation:

- Strategische Steuerung
- Zeit- und Selbstmanagement
- mein persönliches-politisches Projekt
- Rhetorik und Öffentlichkeitsarbeit

➤ Selbstverständnis als Mandats-

- träger
- Netzwerkarbeit
- Story-telling

Themen & Fakten:

- Grundlagen der Kommunalpolitik
- Gremienarbeit
- Haushaltsrecht
- Handlungs- und Spannungsfelder
- Bau- und Planungsrecht

Termine:

- 24.-26. Mai 2019
- 22.-23. Juni 2019
- 10.-11. August 2019
- 22.-24. November 2019

Ort:

Tagungshaus Schloss Herborn

Teilnahmegebühr:

400€ inkl. Übernachtung im EZ/
Vollpension

Anmeldung:

www.afk-hessen.de/kommunalakademie-hessen/

Bewerbungsschluss ist der
25.03.2019

Weitere Bildungsangebote der Akademie für Kommunalpolitik:

Bildungsfahrt nach Brüssel 17.-20. März 2019

Im Jahr der Europawahl möchten wir zeigen, welche Bedeutung die Europäische Union auch in den Kommunen entfaltet.

Dies fängt bei Ausschreibungen und Beihilfe-Fragen an, geht über die Umsetzung von Richtlinien etwa bei Umweltauflagen bis hin zur konkreten Unterstützung aus Fördertöpfen.

Dazu haben wir in Kooperation mit der Hessischen Landesvertretung in Brüssel ein interessantes Besuchsprogramm erarbeitet:

Besuche und Informationsgespräche bei:

Europaparlament
(Gespräch mit Abgeordneten)

EU-Kommission bzw.
Kabinettsmitglied

Ausschuss der Regionen

Hessische Landesvertretung

Seminarleitung:
Michael Siebel, MdL

**Leistungen und
Teilnahmebeitrag:**
250 Euro pro Person

Inkludiert sind das Seminarprogramm sowie die Übernachtung im Einzelzimmer mit Frühstück.

Nicht enthalten sind die individuelle An- und Abreise nach Brüssel sowie zusätzliche Verpflegung vor Ort

Informationen bei:
info@afk-akademie.de
Telefon: 0611/360 117 6
Fax: 0611/360 119 5

Antrag zur Holzvermarktung

Heinz Lotz MdL (SPD): Übergangsfrist zur eigenverantwortlichen Holzvermarktung generell verlängern und Öffentlichkeit beteiligen

Nachdem die Landesregierung angekündigt hat, sich schrittweise aus der kommunalen Holzvermarktung zurückzuziehen, blieben viele Fragen offen. Der SGK hat frühzeitig Veranstaltungen zu diesem Thema angeboten. Nun konnte zumindest ein Teilerfolg erzielt werden: Für einige Kommunen ist die Übergangsfrist verlängert worden.

Lotz sieht Diskussionsbedarf

Der forstpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Heinz Lotz kündigte nun einen Antrag an, der eine generelle Verlängerung der Übergangsfristen für den Übergang zur eigenverantwortlichen Holzvermarktung der Kommunen zum Ziel hat. „Die ursprünglich vom Umweltministerium angesetzte Frist in Verbindung mit der 100 Hektar-Regelung ist in so kurzer Zeit nicht umsetzbar. Ebenso besteht erheblicher Diskussionsbedarf um die Ausgestaltung des Kompromisses zwischen Landesregierung und Kartellamt. Hier hätte die Landesregierung wesentlich mehr im Sinne der Kommunen

herausholen können“, sagte Heinz Lotz am Rande der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion.

Auf der einen Seite sehe Lotz den Willen der Kommunen und Privatwaldbesitzer, das Einheitsforstamt zu erhalten, auf der anderen Seite müssten kartellrechtliche Probleme berücksichtigt werden. Im deutschen Rechtssystem wird der Öffentlichkeit die Möglichkeit eröffnet, sich bei umweltrechtlichen Zulassungsverfahren und beim Erlass bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme zu beteiligen. „Obwohl der Rückzug des Landes aus der Holzvermarktung in Kommunal- und Privatwäldern erhebliche Änderungen mit sich bringt, ist das vom Umweltministerium versäumt worden. Von Anfang an hätte die Öffentlichkeit beteiligt werden müssen. Somit fehlt ein transparentes Konzept zur Zukunft der Holzvermarktung im Kommunal- und Privatwald sowie zum Erhalt des Einheitsforstamtes. Es ist noch nicht zu spät, denn mit Hilfe einer generellen Fristverlängerung

könnten wir die Öffentlichkeitsbeteiligung nachholen“, begründet Heinz Lotz den Antragsentwurf.

Im Juli 2018 kündigte das zuständige Umweltministerium an, dass sich Hessen-Forst bereits zum Jahresende im Grundsatz aus der Vermarktung aller Holzsortimente Dritter zurückziehen will. Betroffen sind über 400 der 426 hessischen Städte und Gemeinden.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Aus der Rechtsberatung der SGK Hessen e.V.

Immer wieder taucht in der Kommunalrechtsberatung die Frage auf, unter welchen Voraussetzungen ein – etwa aus der Fraktion ausgeschlossenes oder ausgetretenes – Ausschussmitglied abgelöst werden kann.

Die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung / die Stadtverordnetenversammlung enthält regelmäßig eine Regelung, wie sie auch in den Geschäftsordnungsmustern des Hessischen Städtetages oder des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (nachfolgend auszugsweise wiedergegeben) enthalten ist:

„§ 31 Bildung der Ausschüsse, Stellvertretung

(1) Die Bildung der Ausschüsse erfolgt nach § 62 HGO. Hat die Gemeinde-

vertretung beschlossen, dass sich alle oder einzelne Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen sollen, benennen die Fraktionen der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung innerhalb einer Woche nach dem Beschluss schriftlich die Ausschussmitglieder. Die oder der Vorsitzende gibt der Gemeindevertretung die Zusammensetzung schriftlich bekannt. Nachträgliche Änderungen des Stärkeverhältnisses der Fraktionen, die sich auf die Zusammensetzung der Ausschüsse auswirken, sind zu berücksichtigen. In diesem Fall werden die Ausschussmitglieder von den Fraktionen der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der oder dem Vorsitzenden des Ausschusses schriftlich benannt.“

Hierdurch wird von der entsprechenden Möglichkeit des § 62 Abs. 2 HGO Gebrauch gemacht, wonach „an Stelle der Wahl der Ausschussmitglieder (§ 55) (...) die Gemeindevertretung beschließen (kann), dass sich alle oder einzelne Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen“. Somit besteht nach § 62 Abs. 2 S. 4 HGO die Möglichkeit der jeweiligen Fraktion, ihr Ausschussmitglied abzurufen und ein neues Ausschussmitglied zu benennen.

Ergebnis:

Die SPD-Fraktion kann – unabhängig von einem möglichen Austritt des Betroffenen – jederzeit ein „problematisches“ Ausschussmitglied abberufen und durch ein anderes Mitglied ersetzen.